

Die Global Marshall Plan Initiative



Koordinierungsbüro
Rissener Landstr. 193
D-22559 Hamburg
fon: +49 (0)40 - 82290420
fax: +49 (0)40 - 82290421
info@globalmarshallplan.org
www.globalmarshallplan.org

Erstveröffentlichung 2004 als Taschenbuch unter folgendem Titel :

Uwe Möller, Franz Josef Radermacher, Josef Riegler, Surjo R. Soekadar und Peter Spiegel: Global Marshall Plan. Mit einem Planetary Contract für eine Ökosoziale Marktwirtschaft weltweit Frieden, Freiheit und Wohlstand ermöglichen

Ein Projekt der Hoffnung – Die Entstehung der Global Marshall Plan Initiative

Das fortgesetzte Elend in den ärmsten Ländern der Welt, die anhaltende Verschwendung natürlicher Ressourcen, die zunehmende Militarisierung der Abwehr des internationalen Terrorismus und die damit verbundenen Einschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte führen mehr und mehr Menschen zu der Einsicht, dass die derzeitigen globalen Rahmenbedingungen nicht zu dauerhafter Friedensfähigkeit und Nachhaltigkeit führen. Die Zeit ist reif für einen Global Marshall Plan um diese unheilvolle Entwicklung wirkungsvoll zu verändern.

Dies war die Überzeugung, die am 16. Mai 2003 in Frankfurt/M. gut ein Dutzend Repräsentanten von bekannten Nichtregierungsorganisationen wie dem Club of Rome, dem Club of Budapest, der Stiftung Weltethos, der Stiftung Weltvertrag, von Unternehmens-Grün, Attac, BUND, Ökosoziales Forum Europa und anderen zusammenführte. Sie beschlossen eine gemeinsame Initiative für einen Global Marshall Plan im Sinne eines Planetary Contract auf den Weg zu bringen, die in ihrem Kern auf die Etablierung einer globalen Ökosozialen Marktwirtschaft abhebt, wie sie zum Beispiel durch Josef Riegler und Franz Josef Radermacher seit vielen Jahren thematisiert wird. Der Stiftung Weltvertrag wurde das Mandat für die organisatorische Koordination der Initiative gegeben.

Die vielleicht wichtigste Überlegung der „ersten Stunde“ war, diese Initiative so offen und integrativ wie möglich zu entwickeln. Vor allem gilt es, die Wirtschaft für diese Initiative zu gewinnen, denn ohne ihr aktives Mittun kann diese aus Sicht der Beteiligten unverzichtbare Orientierung hin zu einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft nicht gelingen.

Im Sommer 2003 wurde die so genannte „Stuttgarter Erklärung“ zur Global Marshall Plan Initiative erarbeitet. Diese konnte auf vielen Ideen und Vorschlägen für einen solchen Global Marshall Plan aufbauen, wie sie aus der Literatur und verschiedenen Initiativen bekannt sind. Die „Stuttgarter Erklärung“ wurde an gut 100 prominente „vordenkende“ Persönlichkeiten versandt mit der Bitte, diese zu unterstützen. Ziel dieses ersten Schrittes war es, einen möglichst repräsentativen Unterstützerkreis aus allen Bereichen der Gesellschaft und aus allen Teilen der Welt zu gewinnen. Fast alle der Angeschriebenen antworteten mit großem Enthusiasmus und bekräftigten ihre Unterstützung.

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 11. Oktober 2003 in Stuttgart stellten Franz Alt, Almaz Böhm, Marika Kilius, Ervin Laszlo, Sabine Leidig, Ernst Ulrich von Weizsäcker und Georg Winter die Global Marshall Plan Initiative erstmals der Öffentlichkeit vor. Am Abend desselben Tages nahmen alle Preisträger und Laudatoren bei der Verleihung des Club of Budapest Awards 2003 noch einmal die Gelegenheit wahr, ihrer Unterstützung dieser Initiative

Nachdruck zu verleihen. So erinnerte beispielsweise Hans-Dietrich Genscher daran, dass der legendäre Marshall Plan nach dem zweiten Weltkrieg ebenfalls in Stuttgart verkündet wurde. Er meinte, künftige Generationen würden sich an diesen historischen Tag mit Stolz erinnern, an dem nun die Global Marshall Plan Initiative wiederum in Stuttgart der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Er schloss seine Rede mit den Worten: „Möge es uns allen gelingen, ... mit dem, was die Stuttgarter Erklärung will, ein ganzes Meer von Solidarität in der ganzen Welt zu schaffen. Für eine menschenwürdige Welt, in der nicht mehr die Zahl der gewonnenen Schlachten zählt, sondern in der alle Regionen dieser Welt die neue Ordnung als eine gerechte erkennen können, in der ihre Würde genauso geachtet wird wie die der anderen, wo es nicht das Recht des Stärkeren, aber die Pflicht zur Solidarität gibt.“

Gleichzeitig bereiteten die Universität Stuttgart, die Breuninger Stiftung und der Club of Budapest eine Vorlesungsreihe vor, die im Rahmen einer Fellowship-Proffessur von Ervin Laszlo im Wintersemester 2003/4 dazu beitragen sollte, die Inhalte der Global Marshall Plan Initiative zu präzisieren. Zu den Referenten zählten neben den Systemwissenschaftlern Ervin Laszlo und Fritz-Albert Popp der Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel, der ehemalige Weltbank-Direktor und Gründer von Transparency International Peter Eigen und weitere Mitträger der Global Marshall Plan Initiative wie Franz Josef Radermacher, Peter Spiegel, Lutz Wicke und Georg Winter.

Gleich im ersten Vortrag legte Franz Josef Radermacher ein bemerkenswertes Konzept für einen Global Marshall Plan vor. Dieses ist inzwischen von Franz Josef Radermacher in enger Wechselwirkung mit allen Autoren dieses Textes und vielen weiteren Mitbeteiligten zu einem ersten umfassenderen Bericht an die Global Marshall Plan Initiative weiterentwickelt worden. Dieses Konzept, das nun als erster Bericht an die Global Marshall Plan Initiative erscheint („Global Marshall Plan – Ein Planetary Contract für weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“), entwickelt und vertieft die Kernlogik des vorliegenden Textes (institutionelles Design, Finanzierungsinstrumente und -volumen sowie Umsetzungs-

methodik) in wesentlichen Fragen, die in dem vorliegenden Text nur kurz angesprochen werden können.

Ermutigt von diesen Erfolgen organisierte die Global Marshall Plan Initiative zwischen November 2003 und Mai 2004 zahlreiche Konferenzen. Bei der ersten Konferenz im November 2003 wurde unter anderem die Erstellung eines Basispapiers durch ein Redaktionsteam der Initiative (die Autoren dieses Buches) beschlossen, das im Zentrum dieses Buches steht [siehe Taschenbuchausgabe Horizonte Verlag 2004]. Die Herausgabe dieses Textes als Taschenbuch erfolgte auf Anregung von Peter Spiegel, der sich um die Ausarbeitung eines ersten Entwurfs sehr verdient gemacht hat und bei dem die Hauptarbeit im Hinblick auf die Verlegung dieses Buches lag.

Beim Folgetreffen im Januar 2004 in Brüssel nahm die Initiative wichtige Schritte in Richtung Europäische Union vor: Initiativkreise in mehreren EU-Mitgliedsländern entstanden, um möglichst rasch das zentrale Zwischenziel der Initiative, d.h. die Einrichtung eines Beratungsgremiums der Europäischen Union, erreichen zu können. Hierbei hat sich das Ökosoziale Forum Europa besonders engagiert. Immer mehr Mitglieder des EU-Parlaments sowie nationaler Parlamente stellen sich mittlerweile hinter die Initiative. Quer durch alle Parteien gewinnt die Global Marshall Plan Initiative das Vertrauen, dass mit ihrem Konzept tatsächlich eine neue ordnungspolitische Ausrichtung möglich wird, bei welcher sowohl der Norden als auch der Süden stark gewinnen und zugleich die natürlichen Ressourcen geschützt werden.

Innerhalb weniger Wochen wurde die Global Marshall Plan Initiative u.a. im November 2003 beim Umweltforum von DaimlerChrysler in Magdeburg präsentiert, wobei Prinz El Hassan von Jordanien als Präsident des Club of Rome und der UNEP-Generalsekretär Klaus Töpfer den Ruf nach einem Global Marshall Plan nachdrücklich unterstützten, im Dezember in Genf beim UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft, im Januar 2004 in Mumbai beim Weltsozialforum, im Februar beim Earth Dialogue in Barcelona, im Mai beim Weltbankforum in München und im Juni bei der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn sowie

vielen weiteren Konferenzen, wie beispielsweise die dieses Konferenzbandes. Sehr bald schlossen sich auch wichtige Verbände aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft der Initiative an, zum Beispiel der Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen VENRO, gemeinsam für Afrika, der Umweltdachverband Österreichs, die ersten Sektionen von Friends of the Earth, der Studentenverband AIESEC Deutschland, der Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) und die Wirtschaftsunioren Deutschland. Im September 2004 wurde bereits deren internationaler Dachverband, Junior Chamber International (JCI) offizieller Unterstützer. Als erste Universität unterstützt im Oktober die Alpen-Adria Universität Klagenfurt die Initiative. Mitte November 2004 auf einer Veranstaltung der Evangelische Akademie Tutzing, selbst Unterstützerin, erklärten auch Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di und Dr. Heiner Flassbeck, Chefökonom von UNCTAD, ihre Unterstützung.

Auch auf internationaler Ebene findet die Initiative sehr positive Resonanz. Im Juni 2004 wurde das Konzept beim Parlament der Weltkulturen in Ankara präsentiert. Das Parliament of the World's Religions nahm die Unterstützung der Initiative auf die Agenda ihrer Tagung im Juli 2004. Auch Global Compact, der von Kofi Annan initiierte Unternehmensverband für Nachhaltigkeit, äußerte großes Wohlwollen.

Wenn die Initiative ihr großes Zwischenziel der Bildung eines Beratungsgremiums bei der Europäischen Union zur weiteren Ausarbeitung eines Global Marshall Plans hoffentlich bald erreicht haben wird, ist damit ihre Aufgabe noch lange nicht beendet. Sie will dafür Sorge tragen, dass ein solcher Global Marshall Plan keine einseitige Ausgestaltung erfährt, sondern dass sich alle Akteure und Teile der Weltgesellschaft – insbesondere die ökonomisch und politisch schwächeren – darin konstruktiv wiederfinden. Sie will erreichen, dass ein solcher Plan die größtmögliche Unterstützung der Weltöffentlichkeit findet und dass er in seiner Substanz, Qualität, Umsetzung und Reichweite kontinuierlich fortentwickelt wird. Die Vision einer balancierten Entwicklung der Weltgesellschaft ist die zentrale Herausforderung dieses Jahrhunderts. Die Initiatoren

formulierten daher als Schlusssatz ihrer „Stuttgarter Erklärung“ ganz bewusst: „Wir sind daher entschlossen, diese Initiative so lange voranzubringen, bis sie zum gewünschten Erfolg geführt hat.“ Was die Initiatoren hoffnungsvoll stimmt, ist die große Resonanz, die diese Initiative gefunden hat. Das zeigt die Fülle der Persönlichkeiten und Institutionen, die sich inzwischen für den Global Marshall Plan engagieren und die zum Zustandekommen dieser weltweiten Bewegung mit Ideen und Anregungen beigetragen haben.

Surjo R. Soekadar, Stiftung Weltvertrag

Vision und Agenda Ein Global Marshall Plan [1] für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft

Die Initiatoren und Mitträger der Global Marshall Plan Initiative wollen zeigen, dass die Finanzierung und Erreichung der Millennium Development Goals [2] möglich ist, wenn sich zum Beispiel Europa an die Spitze einer weltweiten Bewegung für einen Global Marshall Plan im Sinne eines Planetary Contract stellt und ein Forum für dessen Ausarbeitung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik sowohl des Südens als auch des Nordens bietet. Sie möchten dabei die bisher in aller Welt geleisteten Vorarbeiten aufgreifen.

Die Autoren und Unterstützer dieses Papiers möchten auf die historische und vielleicht einmalige Chance hinweisen, auf der Basis dieser Vorarbeiten einen konkreten ökosozialen Global Marshall Plan zu entwickeln und umzusetzen.

Was wollen die Millennium Development Goals und warum bedarf es zu ihrer Realisierung der Global Marshall Plan Initiative?

Die Weltgemeinschaft der Nationen hat sich zu Beginn des Jahrtausends beim UN Millennium Summit in Form der Millennium Development Goals einstimmig auf die Umsetzung realistischer Ziele geeinigt. Sie hat sich darüber hinaus verpflichtet, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um beispielsweise bis

2015 die weltweite Armut zu halbieren und eine Grundschulbildung für alle Kinder zu ermöglichen. Jedoch sind die Maßnahmen zur Finanzierung und als Folge davon die Umsetzung der Millennium Development Goals bisher sehr entmutigend [3].

Angesichts der offensichtlich unzureichenden Rahmenbedingungen, unter denen Globalisierung derzeit stattfindet, und angesichts des fortschreitenden Elends und der zunehmenden Militarisierung der Abwehr des internationalen Terrorismus sollte es sich lohnen, die Motive und Resultate des Millennium Summit ernst zu nehmen und nach Wegen zu deren realpolitischen Umsetzung zu suchen.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und das dadurch geförderte Primat der Wirtschaft, welches beispielsweise zur Grundlage des so genannten Washington Consensus [4] wurde, stellt die wichtigste Zäsur globaler Ordnungspolitik der letzten Jahre dar. Die wesentlichsten Elemente des Washington Consensus sind Staatsabbau durch Privatisierung von Staatsbetrieben und die Beseitigung staatlicher Regulierungen und sonstiger Eingriffe in die Wirtschaft [5]. Entgegen aller Voraussagen konnte die vom Washington Consensus geprägte Politik internationaler Organisationen, wie IMF und Weltbank, die Abnahme des Weltwirtschaftswachstums von 3,6 Prozent in den 60er Jahren auf unter 1 Prozent in den letzten zehn Jahren [6] nicht verhindern. Die Schwäche der Staaten bei gleichzeitigem Demokratie-Defizit auf globaler Ebene und einer noch ungenügend entwickelten globalen Zivilgesellschaft führten zu einem sehr unbalancierten Rahmen für alle globalen Prozesse.

Was ist die Ausgangslage?

In keinem Jahrhundert zuvor erfuhr der materielle Wohlstand der Menschheit einen größeren Zuwachs als im vergangenen. Im Durchschnitt hat sich der materielle Wohlstand, so Schätzungen, verzehnfacht und dies trotz der gleichzeitigen Vervielfachung der Weltbevölkerung. Dennoch müssen zur Zeit über zwei Milliarden

Menschen von weniger als 2 Dollar pro Tag leben. Über 26.000 Menschen sterben täglich an Unterversorgung und den dadurch verursachten Krankheiten. Der zunehmende Raubbau an der Natur, die Verschwendung begrenzter Ressourcen und die mit der Umweltverschmutzung verbundenen zu erwartenden katastrophalen Auswirkungen auf das Weltklima werden die Menschheit innerhalb der nächsten 30 Jahre vor ihre größte Herausforderung stellen.

Neben der Übernahme nicht-nachhaltiger Konsummuster durch sich industrialisierende Länder zählen Armut und Bevölkerungswachstum zu den Schlüsselproblemen. Viele Hundertmillionen Menschen sind von den möglichen positiven Effekten der sich vollziehenden Globalisierung ausgeschlossen, so dass sich die Einkommensschere zwischen den reichsten Industrienationen und den ärmsten Entwicklungsländern noch einmal erweitert hat. Das bedrohliche Bevölkerungswachstum und die Ausbreitung von AIDS in den ärmsten Regionen der Welt nimmt weiter an Geschwindigkeit zu. Jede Anstrengung zur Überwindung dieser nicht-nachhaltigen Entwicklung wird sich in Zukunft um ein Vielfaches erschweren oder eine Überwindung wird gar unmöglich, wenn es nicht sehr bald zu einer substantiellen Trendwende kommt.

Dieser Rahmen muss nun konstruktiv zum Wohle aller Menschen – vor allem derjenigen in den ärmsten Ländern der Welt – von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft entscheidend verbessert werden. Eine Gesellschaft, die nicht mehr von der Vision einer gerechten Welt bewegt wird, sondern nur noch vom Management kurzsichtiger Interessen, verspielt ihre Zukunftsfähigkeit. Eine nachhaltige Welt, frei von Armut, ist sehr viel lebenswerter, reicher und sicherer für jeden – lebenswerter im materiellen Sinn und weit darüber hinaus.

Logik und Perspektive für ein ökosoziales Weltwirtschaftswunder

Es gilt die Grundrisse und Perspektiven eines neuartigen umfassenden globalen Planes aufzuzeigen, der – von zeitnahen Verbesserungen globaler Rahmenbedingungen für Entwicklung flankiert – den wichtigsten substanziellen Beitrag für eine Entwicklung hin zu einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft [7] leisten kann. Im Sinne einer Welt-Innenpolitik [8] soll er als Grundlage einer neuen Ära der globalen Kooperation dienen und an die Idee eines Planetary Contract [9] anknüpfen, der starkes weltweites Wirtschaftswachstum mit Umweltschutz, Armutsbekämpfung und der Etablierung demokratischer Gesellschaftsordnungen verbindet. Die Initiatoren und Mitträger dieses Papiers sehen in einem solchen ökosozialen Global Marshall Plan eine realistische Perspektive

- zur Überwindung der entwürdigenden Armut der Hälfte der Menschheit, die längst als Hauptursache der existenziellen Weltprobleme erkannt wurde,
- zur erfolgreichen globalen Etablierung ökologischer und sozialer Standards für eine nachhaltige Entwicklung,
- zur Überwindung der tiefen kulturellen Frustration und Demütigung eines Großteils der Menschheit und damit zur Beseitigung eines explosiven Umfeldes, das internationalen Terrorismus hervorbringt und die globale Sicherheit gefährdet
- und für ein neues Weltwirtschaftswunder, das die bisher fast völlig brach liegenden Human-Potenziale von mehr als drei Milliarden Menschen gezielt fördert, woraus letztlich die gesamte Menschheit immensen Nutzen ziehen wird.

Mehr noch: Ein Global Marshall Plan – zu einer umweltverträglichen Überwindung der extremen Wohlstandskluft in der Welt würde auch für zahlreiche andere Probleme, die aus einer unbalancierten Globalisierung erwachsen sind, neue attraktive Perspektiven eröffnen. Dazu drei Beispiele:

- Der immer spürbarer werdende Lohndruck in immer mehr Wirtschaftssektoren der traditionellen Industrieländer kann in einer globalisierten Weltgesellschaft mittelfristig nur auf einem

Weg wieder gemildert werden: Der Wohlstand und damit auch die Löhne müssen in den sich entwickelnden Ländern steigen. Dies erleichtert auch die Sicherung der Arbeitsplätze in den Industrieländern durch erhöhte Nachfrage auf den Weltmärkten und durch eine geringer werdende Lohnkluft.

- Armut ist, wie Klaus Töpfer, Generalsekretär der UN-Umweltorganisation UNEP, richtig feststellte, eine der Ursachen für Umweltzerstörungen in den ärmeren Ländern. Denn wer um das tägliche Überleben kämpft, wird nur schwer für Umweltschutz zu gewinnen sein. Dies gilt vor allem für Länder, in denen der Schutz der Umwelt zu Lasten der wenigen vorhandenen Marktchancen erfolgen soll. In weiten Bereichen der Welt ist die Umsetzung ökologischer Ziele daher nur realistisch, wenn diese unmittelbar mit der aktiven Förderung sozialer und ökonomischer Entwicklung verknüpft ist.
- Das Leitbild einer offenen, friedlichen, demokratischen, rechtsstaatlichen und gebildeten Bürgergesellschaft gilt vielen als der beste Garant für eine gute und dynamische Zukunftsperspektive aller Gemeinwesen, erst recht in einer hochkomplexen Weltgesellschaft. Ein solches Leitbild und eine solche Entwicklung können am besten durch einen ökosozialen Global Marshall Plan vorangebracht werden, der im Sinne eines Planetary Contract konzipiert ist.

Im Zentrum der Logik eines solchen Planes steht folgender Grundsatz: Investitionen, abgestimmte Marktöffnungen und Co-Finanzierungen in vielen Bereichen werden im Gegenzug für die Angleichung sozialer, ökologischer und demokratischer Standards, auf die sich die Weltgemeinschaft bereits geeinigt hat, geleistet. Auf diese Weise entsteht – angelehnt an die erfolgreichen EU-Erweiterungsprozesse – eine Form der gezielten globalen Armutsüberwindung, die sehr starke neue Wirtschaftsimpulse für die betreffenden Regionen wie die gesamte Weltwirtschaft freisetzt. Durch die Koppelung des neuen Wachstums mit klaren ökologischen Standards wird gleichzeitig eine starke Ökologisierung des Wirtschaftens gefördert. Von den neuen ökonomischen, ökologischen und sozialen Perspektiven würde ein starker Impuls zur

inneren Befriedung der Weltgesellschaft ausgehen. Dies wiederum stellt eine wichtige Voraussetzung für ein ebenso anhaltendes wie nachhaltiges Gedeihen der Wirtschaft dar. Unter solchen Vorzeichen können nationale Regierungen ihre eigenen Ressourcen ungleich besser mobilisieren. Die positiven Effekte und das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum der am Global Marshall Plan beteiligten Länder wird gleichzeitig einen starken Sog auf diejenigen Regierungen verstärken, die sich einer ökosozialen Entwicklung bisher verschlossen haben und den Druck auf sie verstärken, einer solchen Entwicklung Raum zu geben, Korruption abzubauen und „Good Governance“ zu fördern.

Ziel des Global Marshall Plans ist es, auf globaler Ebene geeignete Ordnungsprozesse mit Wettbewerbsmechanismen zu koppeln, um humane Potentiale, Ressourcen und Infrastrukturen mit gut durchdachten institutionellen Lösungen zu Wertschöpfungssystemen zu verbinden. Eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft schafft die richtige Balance zwischen wettbewerbsstarker Wirtschaft, sozialer Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit.

Ein Global Marshall Plan überwindet alte Interessensgegensätze

Die bisher angesprochenen Zusammenhänge deuten darauf hin, dass ein Global Marshall Plan im Sinne eines Planetary Contract eine ungewöhnlich breite Unterstützung finden könnte – auch von gesellschaftlichen Gruppierungen, die sich bisher eher skeptisch bis feindlich gegenüberstehen. Eines der überraschenden Zwischenergebnisse des bisherigen Verlaufs dieser Initiative ist, dass diese von Wirtschaftsunternehmern und Unternehmensverbänden ebenso unterstützt wird wie von scharfen Kritikern der bisherigen Form von Globalisierung, und von Vertretern aus „Nord“ wie aus „Süd“. Bekannte Repräsentanten aller großen politischen Strömungen, genauso wie Protagonisten aller gesellschaftlichen Sektoren und Vertreter global operierender Netzwerke der Weltzivilgesellschaft sprachen sich vehement für diese Initiative aus.

Am 16. Mai 2003 trafen sich in Frankfurt/M. auf Einladung des Journalisten Herbert Holzamer, Süddeutsche Zeitung, Repräsentanten von einem Dutzend sehr unterschiedlicher Nichtregierungsorganisationen wie Attac, BUND, Club of Budapest, Club of Rome, Ökosoziales Forum Europa, Stiftung Weltethos, Stiftung Weltvertrag, Terra One World Network, Umweltdachverband Österreich, UnternehmensGrün und Wuppertal Institut, um die Initiative für einen ökosozialen Global Marshall Plan zu starten. Sie waren sich einig, dass der Entwurf eines solchen globalen Plans um so besser und erfolgreicher sein wird, je mehr hier Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie wohlhabende und weniger wohlhabende Länder zusammenarbeiten. Den Zeitpunkt ihrer ersten öffentlichen Präsentation am 11. Oktober 2003 in Stuttgart bezeichnete Hans-Dietrich Genscher, früherer deutscher Außenminister und bekannter liberaler Politiker, als „historische Stunde“, an die sich künftige Generationen erinnern werden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich dieser Initiative bereits mehr als 70 prominente Persönlichkeiten aus aller Welt angeschlossen und eine gemeinsame „Global Marshall Plan Declaration“ als „Stuttgarter Erklärung“ unterzeichnet – Repräsentanten konservativer, sozialdemokratischer, liberaler wie grüner Parteien, von Unternehmern und Unternehmerverbänden bis zu engagierten Nichtregierungsorganisationen, unter ihnen Ökonomen, Kritiker der bisherigen Form von Globalisierung, Wissenschaftler, religiöse Führer, Künstler und Journalisten. Viele sprachen dabei von „der vielleicht wichtigsten Initiative der vergangenen Jahrzehnte“.

Am 15. November 2003 trafen sich in Hamburg – und nachfolgend am 30. Januar und 5. Mai 2004 in Brüssel – über 100 Vertreter zahlreicher NGOs und mehrerer Wirtschaftsverbände. Sie waren der Meinung, dass die bisherigen Ansätze und Impulse dieser Initiative eine reelle Chance zu einem breiten gesellschaftlichen Brückenschlag eröffnen.

Im Mittelpunkt der „Stuttgarter Erklärung“ steht die Forderung, dass sich Europa an die Spitze einer weltweiten Bewegung für die Umsetzung eines ökosozialen Global Marshall Plans setzt. Wenn auch ein im Sinne eines Planetary Contract konzipierter Global

Marshall Plan von der Weltgemeinschaft getragen werden muss – von der Zivilgesellschaft wie der Wirtschaft und der Politik – so muss dieser Prozess doch zunächst von einem Umfeld ausgehen, das ein hohes Maß an Integration mit dem notwendigen politischen Willen, politischer Durchsetzungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit verbindet.

Die Europäische Union ist in dieser Hinsicht einer der Hoffnungsträger für viele Menschen. Daher richtet sich die Global Marshall Plan Initiative derzeit zunächst und explizit an die Entscheidungsträger in Europa. Erster Schritt für die Entwicklung eines Global Marshall Plans wäre – unterstützt von den Europäischen Regierungen – die Einrichtung eines Beratungsgremiums der Europäischen Union, das unter Einbeziehung von Repräsentanten aus „Nord“ und „Süd“, von Zivilgesellschaft und Wirtschaft, ein integratives Forum für die Entwicklung eines einheitlichen Vorschlags für die Finanzierung und Umsetzung eines Global Marshall Plans bietet.

Diskussionsbeiträge zur Finanzierung und Umsetzung Ein erster Entwurf für einen ökosozialen Global Marshall Plan

Die folgenden Ausführungen sind als Diskussionsbeiträge und Anregung zu verstehen. Keineswegs ist damit das Design für einen ökosozialen Global Marshall Plan im Sinne eines Planetary Contracts vorgezeichnet oder gar vorweggenommen. Anliegen dieses Textes ist es vielmehr, die Realisierbarkeit und Finanzierbarkeit eines solchen globalen Aufbauplans für eine besser balancierte Zukunft deutlich zu machen. Ansonsten ist er nur eine Eingabe in die notwendigen Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse von Wirtschaft, globaler Zivilgesellschaft und Politik auf dem Weg zu verbesserten und balancierteren Rahmenbedingungen, der hoffentlich bald beschritten wird. Anliegen der Initiative ist es, dass Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und globale Zivilgesellschaft aktiv und gemeinsam die inhaltliche Gestaltung dieses Global Marshall

Plans in Angriff nehmen. Die Qualität und der Erfolg eines Global Marshall Plans werden entscheidend von deren Engagement und deren Beiträgen abhängen.

Die Initiatoren für einen Global Marshall Plan wollen damit den nötigen Startimpuls geben, bis dieser in hinreichender Form von der Weltgemeinschaft aufgegriffen wird. Sie knüpfen an frühere Impulse an, die den Weg zu einem ökologischen beziehungsweise ökosozialen Global Marshall Plan bereits vorgezeichnet haben – beispielsweise von Franz Alt [10], Kofi Annan [11], Lutz Wicke [12], Georg Winter [13], Susan George [14], Michail Gorbatschow [15], Al Gore [16], Hans Küng [17] und George Soros [18]. Die Beteiligten haben sich in der „Global Marshall Plan Declaration“ vorgenommen, nicht nachzulassen, bis ein Global Marshall Plan endlich zur Realität wird.

Das Ziel und die erste Phase

Nach Untersuchungen von Franz Josef Radermacher [19] könnte das Weltbruttosozialprodukt in 50 bis 100 Jahren verzehnfacht und gleichzeitig eine soziale Balance erreicht werden, wie sie heute beispielsweise in Europa vorliegt. Hierbei steht der Vervielfachung der Bruttoinlandsprodukte (BIP) der Industrieländer eine Erhöhung der BIP der ärmeren Länder um den Faktor 34 gegenüber. Dank des technischen Fortschritts, in Verbindung mit einer entsprechend erhöhten Ökoeffizienz und sehr weitgehenden Dematerialisierungen, sind dabei ein umfassender Schutz der Umwelt und insgesamt eine nachhaltige Entwicklung möglich.

Die nachfolgenden Vorschläge nehmen Bezug auf die Entscheidungsstrukturen der EU und internationaler Organisationen und betreffen die erste Phase eines Global Marshall Plans, die bis zum Jahr 2015 angesetzt ist. Dabei erweist es sich als positiv, richtungweisend und letztlich als Schlüssel für den hier entwickelten Vorschlag, dass die Weltgemeinschaft der Nationen in den vergangenen zehn Jahren bereits zu einem sehr breiten Konsens über grundlegende Ziele und Schritte für eine gemeinsame fried-

liche, prosperierende und nachhaltige Entwicklung gefunden hat. Die Ergebnisse eines Jahrzehnts des Ringens um eine global verträgliche Zukunftsperspektive aller Nationen, die durch eine beispiellose Serie von UN-Konferenzen in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zustande kamen, wurden noch einmal beim Millennium-Gipfel im Jahr 2000 durch die dort anwesenden über 150 Staatsoberhäupter einstimmig bekräftigt. Aus dieser UN-Konferenz sind die so genannten UN Millennium Development Goals [20] hervorgegangen, die exakt das beschreiben, worauf sich die erste Phase eines Global Marshall Plans fokussieren soll. Sie umfassen bis zum Jahr 2015 u.a. folgende Punkte:

- Weltweite Halbierung der Anzahl der Personen, deren Einkommen weniger als einen Dollar pro Tag beträgt (zur Zeit noch mehr als eine Milliarde);
- Ermöglichung des Besuchs eines vollen Grundschulprogramms für alle Kinder;
- Senkung der Kindersterblichkeit auf ein Drittel der heutigen Werte;
- substantielle Verbesserungen bei der Gesundheit von Müttern;
- Umkehrung des Trends bei HIV/AIDS, Malaria und anderen epidemischen Krankheiten;
- Umkehrung des Trends beim Verlust von Umweltressourcen;
- Halbierung der Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu gesundem Trinkwasser haben (heute über eine Milliarde);
- Herbeiführung einer neuartigen Partnerschaft für Entwicklung; insbesondere durch (1) die Entwicklung eines offenen Welt-handels- und Weltfinanzsystems unter geeigneten Rahmenbedingungen, das national und international eine Verpflichtung zu Good Governance beinhaltet, sowie (2) Aktivitäten zur Armutsüberwindung, z.B. bzgl. der Schuldenproblematik von besonders armen Ländern, (3) die Schaffung von sinnstiftenden und produktiven Arbeitsmöglichkeiten, besonders für Jugendliche, (4) Sicherstellung eines bezahlbaren Zugangs zu wichtigen Medikamenten in Zusammenarbeit mit Pharmafirmen und (5) Zugang für alle zu den Vorteilen moderner Technologie, vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikations-

technologie, und damit Anstrengungen zur Überwindung der digitalen Spaltung.

Alle zentralen internationalen Organisationen haben sich diese Ziele zwischenzeitlich zu eigen gemacht, also z.B. die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltarbeitsorganisation (ILO), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die Weltbank (WB) und der Internationale Währungsfonds (IMF).

1. Finanzierung

Die Nagelprobe für die Handlungsfähigkeit der Politik auf globaler Ebene: Finanzierung und Implementierung

Alle die richtigen und notwendigen Erklärungen und Vereinbarungen wurden bisher nur in einem höchst entmutigenden Ausmaß umgesetzt. Wenn die offensichtliche Kluft zwischen Willenserklärung einerseits und Handlungskraft andererseits nicht rasch überwunden wird, droht – neben der weiteren Eskalation der globalen Probleme – vor allem eine dramatische Zuspitzung der Vertrauenskrise in die Entscheidungsträger auf allen Ebenen und in die Handlungsfähigkeit der Politik insgesamt. Eine ganze Generation globalverantwortlich denkender Menschen in allen Ländern der Welt hat sich auf den zuvor beschriebenen aufwendigen Prozess der globalen Zielfindung eingelassen und sich dafür engagiert. Es wäre ein großer Verlust an Zukunftsfähigkeit, wenn dieses Potenzial sich aus Enttäuschung zurückziehen würde.

Die Phase der Verständigung auf global verantwortungsvolle Ziele und Schritte muss daher nun mit höchster Dringlichkeit von einer Phase der entschiedenen Umsetzung der globalen Vereinbarungen abgelöst werden. Die Initiatoren der Global Marshall Plan Initiative sehen die Auflösung der Lähmung bei der Umsetzung global adäquater Standards durch Ermöglichung von Konstellationen, die für alle Beteiligten gewinnbringend sind, als die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre und als Einstieg in eine neue Qualität globaler Handlungsfähigkeit an. Dies betrifft insbesondere die Fragen der Finanzierung und der Umsetzungsmechanismen eines solchen Global Marshall Plans.

Benötigtes Finanzvolumen für Global Marshall Plan

Der noch nicht gedeckte Finanzbedarf für die Erreichung der Millennium Development Goals liegt nach einer Analyse der Vereinten Nationen, dem so genannten Zedillo-Report (2001), bei etwa 50 Milliarden US Dollar pro Jahr [21]. Hinzu kommen 20 Milliarden US Dollar jährlich, die für die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter [22] benötigt werden, um die grundlegenden Rahmenbedingungen für eine optimierte globale Ökosoziale Marktwirtschaft zu gewährleisten. Diese Zahlen decken sich mit einem Bericht des britischen Schatzkanzlers Gordon Brown [23], der im Vorfeld der Weltkonferenz Rio + 10 in Johannesburg 2002 erschienen ist, sowie mit den Analysen von George Soros [24]. Die Initiative legt daher diesen zusätzlichen Finanzbedarf für ihre eigenen Überlegungen zugrunde, wobei durch verbindliche Zusagen ab 2006 12 Milliarden Dollar dieser zusätzlich benötigten Mittel jährlich bereits abgesichert sind. Da jedoch die bisherigen Studien von einer Bereitstellung der Gelder ab 2001 ausgingen, um die Millennium Goals bis 2015 zu erreichen, und die Implementierung eines Global Marshall Plans voraussichtlich nicht vor 2008 möglich sein wird, ist ab 2008 mit einem jährlichen Finanzvolumen von durchschnittlich etwa 105 Milliarden US Dollar auszugehen, das in progressiver Weise bereitgestellt werden soll.

Zur Beurteilung dieser Größenordnung sei auf folgende Vergleichszahlen verwiesen: Der US-Kongress verabschiedete für die Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan für das Jahr 2003 insgesamt 87,5 Milliarden US Dollar, wovon 19,8 Milliarden auf humanitäre Hilfe und Wiederaufbau entfallen. Die Gesamtsumme der internationalen Entwicklungshilfe liegt derzeit bei 56 Milliarden US Dollar, was etwa 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Geberländer entspricht. Durch den vorgeschlagenen Global Marshall Plan würde sich dieser Anteil durchschnittlich auf gut 0,6 Prozent des BIP erhöhen, was noch immer unterhalb der 0,7 Prozent läge, auf die sich die Weltgemeinschaft bereits vor Jahrzehnten als Ziel verständigt hat. Als Vergleichsgröße mag ferner das Volumen des Marshall Plans der USA nach dem Zweiten

Weltkrieg zugunsten Europas dienen. Dieser Plan wurde über einen Zeitraum von vier Jahren mit durchschnittlich 1,3 Prozent des BIP der USA finanziert. Der Gesamthaushalt der Europäischen Union liegt zur Zeit bei gut ein Prozent des BIP der EU-Mitgliedsstaaten.

Diese Zahlen machen deutlich, dass der vorgeschlagene Global Marshall Plan finanzierbar ist. Ein einzelnes Land traf nach dem Zweiten Weltkrieg die Entscheidung zu einem konzentrierten Entwicklungsplan für das kriegszerstörte und ausgezehrte Europa, finanziert allein aus dem eigenen Haushalt. Dieser Marshall Plan trug entscheidend zum europäischen Wirtschaftswunder, zu einer sehr erfolgreichen inneren wie äußeren Befriedung und zu einem erfolgreichen breiten Wohlstandsanstieg in Europa bei. Aber auch das Geberland profitierte nachdrücklich von der Friedensdividende seiner klugen Entscheidung.

Mit der friedlichen Umgestaltung Osteuropas durch Gorbatschows Perestroika entstand die Chance zu einer noch weit größeren, zu einer historisch bisher einmaligen Friedensdividende: Die Rüstungsausgaben sanken von 1.210 Milliarden US Dollar 1985 auf 804 Milliarden im Jahr 1998. Allein mit diesem jährlichen Differenzbetrag von über 400 Milliarden US Dollar könnte man den Global Marshall Plan drei bis vier Jahre lang finanzieren. Stattdessen wurde der Anteil der Entwicklungshilfe im gleichen Zeitraum in den meisten Ländern gekürzt – in nicht wenigen um die Hälfte. Die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt erweiterte sich in keinem Jahrzehnt mehr als in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Es war ein Jahrzehnt zutiefst enttäuschter Hoffnungen. Wollen wir diesen offensichtlich höchst gefährlichen Weg nicht weitergehen, so ist es jetzt an der Zeit, eine neue globale Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit zu organisieren.

Neue Finanzierungsinstrumente für globale Entwicklungsaufgaben

Weltweite Entwicklung erfordert neben Marktöffnungen und neuen Umsetzungsmechanismen auch die oben genannten finanziellen Mittel für eine internationale Zusammenarbeit. Trotz der prinzipiellen Möglichkeit, die erforderlichen Beträge aus den nationalen Haushalten bereitzustellen, bemühen sich die Mitglieder der Initiative aus grundsätzlichen und verfahrenstechnischen Erwägungen vor allem darum, andere Wege für die Bereitstellung dieser Mittel in die Diskussion einzubringen. Insbesondere ist hier die Nutzung intelligenter internationaler Finanzierungsmechanismen zu nennen, die erstens auf neue Potenziale der Globalisierung zugunsten der Finanzierung internationaler Entwicklung zurück greifen, zweitens negative Effekte der Globalisierung dämpfen und schließlich zugleich die Potenziale einer freien Marktwirtschaft nicht beeinträchtigen.

Zum einen werden dadurch die nationalen Haushalte nicht direkt zusätzlich belastet, zum anderen können die dadurch generierten Gelder besser von nationalen Interessen der Geberländer entkoppelt werden. Ferner wird es dadurch erleichtert, synchron voranzuschreiten. Die Abhängigkeit von nationalen Interessen hat in der Vergangenheit immer wieder die Effizienz von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit beeinträchtigt und in der Folge auch das öffentliche Ansehen nationaler Entwicklungshilfeprogramme deutlich gemindert. Die Entscheidung für neue Finanzierungsinstrumente auf globaler Ebene kann somit sowohl die politische als auch die öffentliche Akzeptanz für einen Global Marshall Plan entscheidend verbessern.

1. Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds (IMF)

In der kurzen Zeit nach seiner ersten Vorstellung erfuhr der Vorschlag des international renommierten Finanzexperten George

Soros zur Nutzung der Sonderziehungsrechte des IMF zur Entwicklungsfinanzierung [25] breite Unterstützung in der Fachwelt.

So beinhaltet sowohl der Zedillo-Report als auch die Ausführungen von Gordon Brown diesen Vorschlag.

Als Sonderziehungsrechte bezeichnet man Kredite, die einem Land im Verhältnis zu der von ihm in den IMF-Fonds eingezahlten Quote zur Verfügung stehen. Ein Effekt ergibt sich daraus, dass Entwicklungsländer Teile der Quote in ihren eigenen oft schwächeren Währungen einzahlen, Kredite aber in stabilen Währungen aus dem Währungskorb ausbezahlt bekommen. George Soros schlägt vor, solche Sonderziehungsrechte in Zukunft jährlich zuzulassen. Den ärmeren Ländern würde hierdurch gemäß seinem Vorschlag ein Mehr von etwa 10 Milliarden US Dollar für Entwicklungsaufgaben zufließen. Der Vorschlag von George Soros geht aber noch weiter: Zusätzlich sollen die reichen Länder ihren Teil der korrespondierenden Quote von 18 Milliarden US Dollar für Entwicklungsfinanzierung bereitstellen. Dies könnte eine wichtige Finanzbasis für einen Global Marshall Plan bilden.

In dem vorliegenden Vorschlag wird ein jährliches Volumen von insgesamt 30 bis 40 Milliarden US Dollar Transfer in den Süden aus Sonderziehungsrechten vorgesehen. Die entsprechenden Möglichkeiten der Geldschöpfung durch die Zentralbanken von reichen Ländern oder Ländergruppen würden sich dadurch reduzieren, aber in einem vertretbaren Umfang.

2. Tobin-Abgabe auf globale Finanztransaktionen

Von verschiedenen Seiten wird der Vorschlag einer so genannten Tobin-Abgabe auf globale Finanztransaktionen eingebracht, um damit globale Entwicklungsziele zu finanzieren. Der Vorschlag findet breite Unterstützung zahlreicher Fachleute, darunter auch ausgewiesene Finanzmarktkenner wie George Soros. Kritiker dieses Vorschlags führen ins Feld, dass dadurch die „kollektive Intelligenz“ in der Steuerung der sehr empfindlichen globalen Finanzströme belastet würde. Dem steht aber entgegen, dass sich gerade in den

jüngsten Auswüchsen und „Blasen“ an den internationalen Kapital- und Finanzmärkten sowie auch im Bereich der New Economy diese Intelligenz als nicht sehr weitreichend erwiesen hat. Ansonsten wird auch nur eine vorsichtige Nutzung dieses Instruments und dies nur auf globaler Ebene vorgeschlagen.

Ein vorsichtiger Einstieg in eine weltweite Tobin-Abgabe von zunächst 0,01 Prozent auf globale Finanztransaktionen könnte Gegenstand der Diskussion werden. Dieser könnte bei entsprechend positiven Erfahrungen auf 0,02 Prozent erhöht werden. Durch eine derart minimale Tobin-Abgabe könnten jährlich 30 bis 40 Milliarden US Dollar für den vorgeschlagenen Planetary Contract eines Global Marshall Plans bereitgestellt werden.

Die Mitglieder der Initiative verkennen nicht, dass die Einführung einer weltweiten Tobin-Abgabe die Einrichtung neuer internationaler Strukturen erfordert, die über die notwendige politische Autorität wie auch über wirkungsvolle Sanktionsmöglichkeiten verfügen. Doch vor dem Anspruch der Notwendigkeit einer Welt-Innenpolitik müssen diese Ansätze intensiv diskutiert und geprüft werden.

3. Terra-Abgabe auf den Welthandel

Es gibt nicht nur finanztechnische, sondern vor allem auch gravierende systemische Gründe, die, entgegen marktfundamentalistischen Positionen, Überlegungen in Richtung der Einführung einer Welthandelsabgabe rechtfertigen. Eine solche Terra-Abgabe [26] würde die Prinzipien des „fairen Handels“ aufgreifen, für die sich u.a. die Kirchen und Entwicklungs-NGOs, aber auch bestimmte Industrieverbände schon seit Jahren einsetzen.

In den vergangenen Jahrzehnten fand eine radikale Veränderung der Weltwirtschaft statt. Ein Teil der Wirtschaft und der sie tragenden Unternehmen haben sich sehr weit reichend globalisiert. Ein anderer Teil konnte diesen Weg aus unterschiedlichen Gründen nicht mitgehen. Teils aus strukturellen Gründen, teils aufgrund der regionalen Gebundenheit ihrer Produkte. Der globalisierte Teil der Wirtschaft konnte und kann sich weitergehend der nationalen

Besteuerung wie auch der Einhaltung von national gesetzten Standards entziehen und erlangte dadurch einen immensen Wettbewerbsvorteil gegenüber national gebundenen Unternehmen. Nicht zuletzt als Folge hiervon kontrollieren heute die fünfzehn größten transnationalen Unternehmen der Welt, gemessen am Wert ihrer Umsätze, mehr Wirtschaftleistung als die 60 ärmsten Staaten der Welt zusammengenommen. Die Nationen konnten die Steuerausfälle nur durch eine Kombination von Sparen und einer Höherbelastung der Bürger und der national gebundenen Unternehmen ausgleichen, womit auch ein sozialer Rückbau verbunden war.

Dadurch entstand ein sehr tief greifendes systemisches Problem, dessen Ursachen und Auswirkungen noch viel zu wenig diskutiert werden. Wenn es nicht sehr bald wieder zu ausbalancierten Wettbewerbsbedingungen mit einer fairen und ausgewogenen Besteuerung aller Bereiche und Akteure in der Wirtschaft kommt, leiden hierunter nicht nur die kommunalen und nationalen Haushalte. Die Existenz der regional gebundenen, vor allem klein- und mittelständischen Unternehmen wäre ernsthaft gefährdet wie letztlich das System der Ökosozialen Marktwirtschaft insgesamt. Die Einführung einer Abgabe auf Welthandel ist vor diesem Hintergrund eine systemische Notwendigkeit, um wenigstens einen allerersten Schritt zu einem gerechteren weltweiten Steuersystem zu gehen. Bei aller Reformbedürftigkeit der traditionellen Sozialsysteme in Richtung auf mehr Eigenverantwortung darf die finanzielle Absicherung von gesellschaftlichen Investitionen für Bildung, Forschung, Gesundheit, Infrastruktur etc. nicht systemisch ausgehöhlt werden. Sonst würden unsere Gesellschaften in Zukunft ärmer sein, als sie sein müssten.

Zur Finanzierung des Global Marshall Plans sollte deshalb als ein drittes Element die Etablierung einer Terra-Abgabe auf den Welthandel in Höhe von z.B. 0,35 bis 0,5 Prozent diskutiert werden. Sie würde alle Bereiche des Welthandels gleichermaßen betreffen. Da die Welthandelsanteile im Preis von Endprodukten meist den kleineren Anteil ausmachen, ist diese Belastung in den Endprodukten im Einzelfall kaum spürbar. Bei Benzin liegt sie in

Deutschland bei etwa ein Promille, d. h. bei etwa 0,1 Cent pro Liter. Die marktinduzierten Preissteigerungen in Deutschland waren im letzten Jahr etwa 50 mal höher. Beim derzeitigen Stand des Welthandels im Volumen von 8,5 Billionen US Dollar würde eine solche Abgabe dennoch 30 bis 40 Milliarden US Dollar zu generieren erlauben.

Alle drei Diskussionsvorschläge haben ferner folgende Vorteile:

- Sie erfordern bei der Bereitstellung der Mittel fast keinerlei zusätzliche Bürokratie, da die vollständige Erfassung der meisten hierfür erforderlichen Wertfeststellungen ohnehin bereits wegen der Zollabfertigung und der Mehrwertsteuerthematik gewährleistet ist.
- Da die vorgeschlagenen Maßnahmen den Zugang neuer Akteure auf den Weltmärkten fördern, sind sie zugleich ein Instrument zur Stärkung des Wettbewerbs und zur Aufhebung vorhandener Wettbewerbsverzerrungen.
- Soweit die Mittel als Investitionen eingesetzt werden, erhöhen sie das weltweite Wachstum und tragen zu einem hohen weltweiten Wirtschaftsaufschwung und damit zu einer Steigerung der Wirtschaftsfähigkeit bei.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zu den Sonderziehungsrechten und zur Tobin-Abgabe sollten über den IMF realisiert werden. Der Vorschlag zur Einführung der Terra-Abgabe sollte Thema einer der nächsten WTO-Runden im Rahmen eines übergeordneten Bemühens um einen Global Marshall Plan werden. Die Kompetenz dieser Institution in finanziellen und Wirtschaftsfragen soll die Effizienz in der Nutzung dieser Mittel für Entwicklung wesentlich fördern.

Neben diesen drei dargestellten Finanzierungsmöglichkeiten sind die Einführung eines von Lutz Wicke unter anderem vorgeschlagenen Global Climate Certificate Systems (GCCS) [27] und die Etablierung einer Zukunftsanleihe, wie sie von Maximilian Gege [28] ausgearbeitet wurde, ebenso wertvolle Diskussionsbeiträge wie der von Gordon Brown erarbeitete Vorschlag zur Einrichtung einer International Finance Facility [29]. Besonders wichtig sind

auch die Beiträge in Richtung Entschuldung der Entwicklungsländer, wie sie in den Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) der UN ausgeführt werden, und die Schließung von Off-shore-Steuer-Oasen, durch die jährlich etwa 50 Milliarden US-Dollar den nationalen Steuersystemen entzogen werden. Bemühungen um den Abbau von protektionistischen Strukturen müssen – besonders auch im Hinblick auf die gegenwärtige US- und EU-Agrarpolitik – ebenso intensiviert werden wie Überlegungen zu einer internationalen Kartellbehörde.

Umsetzung Umfassende Standards mit dem Global Marshall Plan implementieren

Bei der Umsetzung des Global Marshall Plans müssen frühere Fehler in der Entwicklungszusammenarbeit vermieden werden. Nur so kann er die angestrebte Wirkung entfalten und damit eine breite und dauerhafte Unterstützung der globalen Zivilgesellschaft, aber auch von Wirtschaft und Politik finden. Als geeignetster Weg dazu erscheint in erster Linie die Verknüpfung von ethischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen, kulturellen und demokratischen Standards mit einem solchen Programm im Sinne einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft. Die Vergabe der Mittel darf weder durch kurzfristige wirtschaftliche Interessen der Geberländer beeinflusst sein, noch durch kurzfristige Machtinteressen von Eliten in den Nehmerländern. Dies kann am besten durch die konsequente Orientierung an Standards, eine damit verbundene Rechenschaftspflicht sowie die aktive und transparente Einbeziehung der Wirtschaft und der zivilgesellschaftlichen Organisationen erreicht werden.

Für die erste Phase des Global Marshall Plans wird die Anwendung folgender Standards angestrebt, für die bereits ein breiter Konsens der UN-Mitglieder gefunden wurde:

- die Kern-Standards der Weltarbeitsorganisation (ILO) wie Organisationsrecht, Gleichbehandlung von Mann und Frau,

Verbot der Kinderarbeit etc., die weitgehend deckungsgleich sind mit den grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten, auf die ebenfalls Bezug genommen werden sollte;

- die Standards der internationalen Umweltabkommen.

Wenn man diese Kriterien bei der Mittelvergabe anwendet, muss man sich bewusst sein, dass die Nichtbeachtung einiger dieser ökologischen und sozialen Standards in manchen Bereichen die wichtigsten Wettbewerbsvorteile der betreffenden, in der Regel ökonomisch zurückliegenden Regionen darstellen. Das Beispiel der EU-Erweiterung zeigt, dass dennoch Vereinbarungen über die Anwendung von gemeinsamen hohen Standards und Schutzniveaus erreicht werden können, wenn gleichzeitig eine Co-Finanzierung der Entwicklung der schwächeren Partner durch die entwickelten Ländern sichergestellt wird. Diese Kopplung ist für alle Beteiligten gewinnbringend. Für den Erfolg des Global Marshall Plans ist daher aus Sicht der Initiative neben weiteren abgestimmten Marktöffnungen eine gut balancierte Verknüpfung von Standardimplementierung und Co-Finanzierung von entscheidender Bedeutung.

Die bisher wirkungsvollsten Durchsetzungsmöglichkeiten von Standards auf globaler Ebene liegen bei der Welthandelsorganisation (WTO). Die WTO unterscheidet sich durch zwei Merkmale entscheidend von anderen internationalen Organisationen: Sie ist in ihrer Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip organisiert und ermöglicht damit nicht nur den reicheren, sondern auch den ärmeren Ländern, eine Art Vetorecht bezüglich ihrer weiteren Ausgestaltung. Darüber hinaus verfügt sie über eine ausgesprochen wirkungsvolle Gerichtsbarkeit mit massiven Sanktionsmöglichkeiten durch die Genehmigung von Strafzöllen.

Die WTO geriet dennoch wie keine andere internationale Organisation in die Kritik, vor allem weil sie sich – ihrem Mandat entsprechend – bisher ausschließlich solcher Themen angenommen hat, die den Freihandel fördern, und dabei ökologische, soziale und kulturelle Aspekte weitgehend unberücksichtigt ließ. Seit dem Scheitern des WTO-Gipfels in Cancún ist jedoch klar, dass die

ärmeren Länder künftig von ihrem Vetorecht Gebrauch machen werden, wenn ihnen vorgeschlagene Vereinbarungen insgesamt unausgewogen und ungerecht erscheinen.

Die Autoren dieses Papiers schlagen vor diesem Hintergrund die Verknüpfung von Handelsregeln mit den oben erwähnten sozialen, kulturellen und ökologischen Standards zu einem kohärenten, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Global-Governance-System vor. Dies muss eine oberste Rechtsautorität durch Integration der WTO-Ebene mit anderen globalen Regimen beinhalten. Alle Elemente eines zukünftigen globalen Ordnungsrahmens sollten bei Nichtbeachtung mit denselben Klage- und Sanktionsmöglichkeiten versehen werden. Die Gleichstellung von Handels-, Umwelt- und Sozialstandards über eine Verknüpfung mit der WTO ist – gemeinsam mit der Bereitstellung der erforderlichen Mittel für den Global Marshall Plan – ein zentrales Anliegen der Initiative. Die Widersprüchlichkeit zwischen den Regelwerken heutiger internationaler Organisationen wie ILO und WTO verhindert die Umsetzung eigentlich bereits international anerkannter Standards.

Für die Entwicklung eines glaubwürdig-demokratischen Global-Governance-Systems ist es ferner auf Dauer unvermeidbar, die Stimmrechte in den internationalen Organisationen noch einmal auf ihre Kohärenz zu überprüfen. Während das Stimmrecht der industrialisierten Länder entsprechend ihrer Bevölkerungszahl innerhalb der Vereinten Nationen 17 Prozent beträgt, ist dieses innerhalb des International Fund for Agricultural Development (IFAD) auf 34 Prozent und innerhalb der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IMF) auf über 60 Prozent gewichtet. Das Thema der demokratischen Qualitäten der internationalen Organisationen sollte unabhängig vom Thema der Global Marshall Plan Initiative generell aufgegriffen werden, da hiervon die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz aller Entscheidungsprozesse zu globalen Fragen entscheidend abhängt. Dabei wird nicht verkannt und ist zu würdigen, dass Geldgeber häufig eine stärkere Repräsentanz bei Entscheidungen über den Mitteleinsatz erwarten, als einer reinen Pro-Kopf-Betrachtung entspricht.

Für die hier vorgeschlagene Durchsetzung globaler Standards in allen Bereichen schlägt die Initiative eine generelle Orientierung an den international anerkannten ILO- und Umweltstandards vor. Darüber hinaus ist auch eine Orientierung an den Prinzipien eines Weltethos [30] und der so genannten Earth Charter [31] sinnvoll.

Die Earth Charter wurde in einem jahrelangen Prozess unter Einbeziehung einer bisher einmaligen Breite der unterschiedlichsten Kulturen und der globalen Zivilgesellschaft entwickelt. Ein Schlüsselgedanke ist dabei der hohe Respekt vor der Vielfalt der natürlichen und menschlichen Systeme. Vielfalt führt generell zu einer Verbesserung der Lern- und Anpassungsfähigkeit von Systemen und zu einer höheren Robustheit gegenüber sich verändernden Bedingungen. Daher kommt ihr höchste Bedeutung im menschlichen Zusammenleben zu.

Einsatz der Mittel aus einem Global Marshall Plan

In einer globalisierten Welt haben entsprechend der vorliegenden Erkenntnisse alle Ebenen – von der individuellen und lokalen über die nationale bis zur globalen Ebene – unverzichtbare Aufgaben. Die Bewältigung der Aufgaben sollte nach dem Subsidiaritätsprinzip erfolgen. Dies ist wesentlich für die effiziente Umsetzung eines Global Marshall Plans und erfordert einiges an Veränderung, da die politischen Entscheidungsstrukturen heute noch keineswegs einer zusammenwachsenden Weltgemeinschaft gerecht werden.

Im Mittelpunkt der Bemühungen müssen Wissenstransfer, „Empowerment“ und gezielte Investitionen in Bildung und Gesundheit stehen. Im Zuge der Förderung dieser Prozesse:

- muss die Stärkung der eigenverantwortlichen und unternehmerischen Fähigkeiten jedes Einzelnen zum zentralen Anliegen zukünftiger Fördermaßnahmen werden;
- wird die Einbeziehung der lokalen wie globalen Zivilgesellschaft in die Gestaltungsprozesse immer wichtiger;
- steigen die demokratischen Anforderungen auf allen Ebenen;

- und wird es insbesondere unumgänglich, dass alle Menschen aller Nationen das Gefühl erlangen können, an der Gestaltung der globalen Rahmenbedingungen in gleichberechtigter Weise beteiligt zu sein.

Für den Einsatz der Mittel halten wir vor dem Hintergrund dieser Überlegungen folgende Prinzipien und Vorschläge für besonders erwähnenswert:

- Die konkreten Förderprogramme sollten über die entsprechenden Sonderorganisationen und Programme der Vereinten Nationen koordiniert werden. Die Rolle der Vereinten Nationen, deren jährliches Gesamt-Budget für Verwaltung, Programme, sämtliche Unterorganisationen und Friedenseinsätze etwa dem Betrag entspricht, den die Stadt New York für Bildungsausgaben aufwendet, muss gestärkt werden.
- Am Beispiel des bereits eingerichteten und mit gut zwei Milliarden US Dollar ausgestatteten „The Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria“ soll beobachtet werden, ob die Etablierung solch eigener UN naher Fonds in Wechselwirkung mit Akteuren der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft für die Kernziele des Global Marshall Plans hilfreich sind.
- Sofern Mittel aus einer Welthandelsabgabe gewonnen werden, wäre zu erwägen diese zunächst jeweils für Entwicklungsziele in jenen Wirtschaftssektoren einzusetzen, in denen die Einnahmen anfallen, z.B. im Telekommunikations- oder Energiesektor. Dies könnte die Zustimmungsfähigkeit seitens der Wirtschaft deutlich erhöhen, da Mittelaufbringung und Mitteleinsatz in transparenter Weise aufeinander bezogen wären. Allerdings wäre hier, wie in anderen Bereichen, auf den Einsatz angepasster Technologien zu achten.
- Ein wesentliches Instrument des Mitteleinsatzes sollte die öffentliche Ausschreibung von vorgesehenen Programmen bei Nichtregierungsorganisationen sein, so dass sich auf diese Weise in gesunder Konkurrenz die beste Kosten-Ergebnis-Relation ergibt. Dies könnte gemäß einem Vorschlag von George Soros über ein neutrales Gremium erfolgen, das beim

IMF installiert ist, aber in seinen Entscheidungen materiell unabhängig bleibt.

- Eindeutigen Vorrang vor Projekten, die von Experten und Firmen der Geber-Länder durchgeführt werden, sollten solche Projekte haben, die auf dem unternehmerischen Potenzial der Menschen vor Ort basieren – zum Beispiel Kleinkreditbanken (Grameen Bank) und Entwicklungsschulen (Fundaeac in Kolumbien), an denen Einheimische zu Entwicklungshelfern ausgebildet werden.
- Bei Technik-Transfers sollte sich die Auswahl der geförderten Projekte vor allem an dem Maßstab orientieren, dass eine möglichst große Breite an Einheimischen (anstatt zahlenmäßig kleiner Gruppen von Eliten) die Fähigkeit erlangt, mit diesen so schnell und effizient wie möglich in Eigenverantwortung umzugehen. Als ein erfolgreiches Beispiel im Sinne eines solchen „Empowerments“ sei hier auf das Women’s Empowerment Program in Nepal verwiesen.
- Die Suche nach besonders erfolgreichen und effektiven sozialen und ökologischen Projekten und deren Erfolgskriterien sollte als neuer internationaler Forschungsschwerpunkt definiert und gefördert werden. Mit der Identifikation und Förderung von Best-Practice-Projekten kann die Effizienz vieler heutiger Formen der Entwicklungsunterstützung massiv gesteigert werden.

Nächste Schritte

Die Initiatoren für einen Global Marshall Plan wenden sich mit ihren Überlegungen und Vorschlägen bewusst parallel an unterschiedliche Adressaten:

An die Europäischen Regierungen und nationalen Parlamente, an die EU-Parlamentarier und die Europäische Kommission mit dem Vorschlag, nach den Wahlen zum EU-Parlament im Sommer 2004 ein EU-Beratungsgremium einzuberufen. Dieses Gremium soll unter Einbeziehung der Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus „Nord“ und „Süd“ eine konkrete EU-Initiative für einen Global

Marshall Plan im Sinne eines Planetary Contract ausarbeiten. Die EU sollte ein entsprechendes Konzept zukünftig als gemeinsame EU-Position bei allen künftigen Welt-Gipfeln einbringen. Das ist aktuell das praktische Zwischenziel dieser Initiative.

An die UNO (United Nations Organization), von der letztendlich der Planetary Contract eines Global Marshall Plans getragen werden muss und deren Unterorganisationen, die für die Umsetzung eines Global Marshall Plans eine zentrale Rolle spielen.

An unterschiedliche internationale Organisationen – aus dem Bereich der UN-Sonderorganisationen wie auch aus dem Bereich internationaler Wirtschafts- und sonstiger Verbände – mit der Bitte, im Sinne eines Global Marshall Plans aktiv zu werden und auf diesem Wege die Erreichung der UN Millennium Development Goals doch noch zu ermöglichen.

An die international agierende Wirtschaft, einen solchen Global Marshall Plan als Hebel für ein umfassendes Weltwirtschaftswunder und für die Förderung einer Good Corporate Governance zu ihrem Anliegen zu machen. Ohne die Unterstützung der Wirtschaft ist eine umfassende Umsetzung des Planetary Contracts eines Global Marshall Plans nicht denkbar.

An die in Nichtregierungsorganisationen organisierte globale Zivilgesellschaft, damit sie die Initiative für einen Global Marshall Plan zu einem ihrer Kernanliegen für die nächsten Jahre machen. Die NGOs können wesentlich dazu beitragen, dass das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines Global Marshall Plans wächst. Sie sollen gleichzeitig den Fortgang des angestoßenen Prozesses kontrollieren und überwachen.

Sollten die Unterstützungswellen dieser Initiative auf den angesprochenen Ebenen das von den Initiatoren gewünschte Ausmaß erreichen, so könnte auf einem Weltgipfel im Jahre 2007, dem Datum Rio +15, die Verabschiedung eines ökosozialen Global Marshall Plans erfolgen. Lange vorher, doch bis spätestens Ende 2005, müssten in einem entsprechenden europäischen Beratungsgremium die Ausarbeitungen wesentlicher Eckpunkte erfolgt sein.

Die erste Implementierungsphase für die Erreichung der oben beschriebenen Kernziele entsprechend den Millennium Deve-

lopment Goals könnte vom 1. 1. 2008 bis einschließlich dem Jahre 2015 vorgesehen sein. Die Millennium Goals wären ohne einen solchen Plan praktisch nicht mehr erreichbar. Der jüngste Welt-ernährungsbericht zeigt deutlich, dass sich die Trends bezüglich entscheidender Anliegen der Millennium Development Goals verschlechtern, anstatt sich zu verbessern. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Eine weitere Verschärfung dieser Problematik wird ein verspätetes Gegensteuern um ein Vielfaches schwieriger –wenn nicht gar unmöglich – machen.

Die Rolle der Initiatoren

Gegenwärtig wird die Initiative für einen Global Marshall Plan von einer Gruppe von NGOs und Verbänden sowie von namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens getragen. In den nächsten Monaten soll diese Basis sowohl in Europa als auch weltweit deutlich erweitert werden. Die Initiatoren werden die oben genannten strategischen Ziele für die Realisierung eines Global Marshall Plans voranbringen und – nach der hoffentlich bald erfolgten Etablierung eines europäischen Beratungsgremiums – diesen Prozess weiterhin beobachten und mit eigenen Vorschlägen inhaltlich und strategisch begleiten.

Sie werden ferner daran arbeiten, dass ein breites öffentliches Bewusstsein für global verantwortliches Handeln fortentwickelt wird [32]. Nur ein gesteigertes Bewusstsein und verbessertes Verständnis kann eine verlässliche Grundlage darstellen, um diese Initiative für eine humane Gestaltung der Globalisierung zum Erfolg zu führen.

Abschließend sei noch einmal die Überzeugung der Initiatoren wiederholt: Ein vernünftig entwickelter Global Marshall Plan entspricht sowohl kurzfristig, wie auch langfristig gesehen, dem besten Interesse der sich entwickelnden wie der reichen Länder, der engagierten globalen Zivilgesellschaft wie auch der Wirtschaft und der nationalen und internationalen Politik. Er kann sich – in Verbindung mit der Umsetzung großer ökologischer und sozialer Zielsetzungen

im Sinne eines Planetary Contract – als das effektivste heute mögliche Wirtschaftsförderprogramm und Friedensprogramm für die kommenden Jahrzehnte erweisen.

Weitere Informationen zur Global Marshall Plan Initiative sind unter www.globalmarshallplan.org abrufbar.

Verweise im Text

1. Die Namensgebung „Global Marshall Plan“ hebt allein auf die Notwendigkeit eines großen globalen und konkreten Plans zur Erreichung der genannten Ziele ab und auf die Tatsache, dass es bereits einmal eine vergleichbare erfolgreiche Anstrengung gab. Sie beinhaltet keine darüber hinausgehenden Aussagen über die Rolle des historischen Marshallplans, über die Wertigkeit verschiedener kultureller oder gesellschaftlicher Entwicklungswege und Modelle oder über Fristigkeiten, Voraussetzungen und Umsetzungsstrategien für die hier verfolgte Initiative.
2. Vgl.: www.un.org/millenniumgoals & Franz Josef Radermacher, Global Marshall Plan - Ein Planetary Contract für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Ein Bericht an die Global Marshall Plan Initiative. Ökosoziales Forum Europa. Wien 2004
3. Executive Summary: „Global Governance Initiative“. World Economic Forum 2004
4. John Williamson: „What Washington Means by Policy Reform“ in Latin American Adjustment. Institute for International Economics 1990
5. Joseph Stiglitz: Roaring Nineties. Der entzauberte Boom. Berlin 2004
6. Weltbank. World Development Indicators 2003 und Weltbank. Global Economic Prospects 2004
7. Josef Riegler / Anton Moser: Ökosoziale Marktwirtschaft. Graz und Stuttgart. 1996
8. Carl Friedrich von Weizsäcker: Fragen zur Weltpolitik. München 1975 & Wege in der Gefahr. München 1976
9. Susan George: Clusters of Crisis and a Planetary Contract. 2001, www.tni.org/archives/george/clusters.htm
10. Franz Alt: Das ökologische Wirtschaftswunder. Arbeit und Wohlstand für alle. Berlin 1997

11. Kofi Annan u.a.: Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen. Frankfurt/M. 2001
12. Lutz Wicke / J. Hucke: Der ökologische Marshallplan. Frankfurt 1989
13. Georg Winter: Das umweltbewusste Unternehmen. Die Zukunft beginnt heute. München 1993
14. Vgl. www.thirdworldtraveler.com/Dissent/AnotherWorldPossible.html
15. Michail Gorbatschow: Mein Manifest für die Erde. Jetzt handeln für globale Gerechtigkeit und eine ökologische Zukunft. Frankfurt/M. 2003
16. Al Gore: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Frankfurt/M. 1992
17. Hans Küng: Projekt Weltethos. München 1993
18. George Soros: Der Globalisierungs-Report. Weltwirtschaft auf dem Prüfstand. Berlin 2002
19. Franz Josef Radermacher: Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweit nachhaltigen Entwicklung. Wien 2002
20. Vgl.: www.un.org/millenniumgoals & F. J. Radermacher: Global Marshall Plan - Ein Planetary Contract für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Bericht an die Global Marshall Plan Initiative. Wien 2004
21. Vgl.: www.un.org/reports/financing/full_report.pdf
22. Öffentliche Güter im Kontext der Millennium Development Goals betreffen insbesondere folgende Themen: Verwirklichung der grundlegenden Menschenrechte für alle, einschließlich des universellen Zugangs zu Basis-Erziehungs- und Gesundheitssystemen, weltweite Sicherheit, grenzüberschreitend harmonisierte Kommunikations- und Transportsysteme, Förderung von Markteffizienz, transparente und rechenschaftspflichtige Regierungsführung, Harmonisierung technischer Standards, konzertiertes Management von Wissen, einschließlich weltweiter Respektierung der geistigen Eigentumsrechte.
23. Vgl.: www.globalpolicy.org/soecon/ffd/2002/1216brown.htm
24. Vgl.: www.soros.org
25. George Soros: Der Globalisierungs-Report. Weltwirtschaft auf dem Prüfstand. Berlin 2002
26. Peter Spiegel: Das Terra-Prinzip. Das Ende der Ohnmacht in Sicht. Stuttgart 1996. ferner: Peter Spiegel u.a.: Chancen. Projekte zur nachhaltigen Gestaltung der Globalisierung. Stuttgart 1999
27. Lutz Wicke: Global Climate Certificate System (GCCS) - Nachhaltige Klimaschutzpolitik. IfUM Berlin 12/2003

28. Maximilian Gege: Die Zukunftsanleihe. Wie Deutschland ein Modell nachhaltigen Wachstums und weltweiten Wohlstands werden kann. München 2004
29. Her Majesty Treasury. International Issues. January 2003. Proposal: International Finance Facility <http://www.hm-treasury.gov.uk/documents>
30. Hans Küng: Projekt Weltethos. München 1993
31. Vgl.: www.earthcharter.org
32. Ervin Laszlo: You Can Change the World. Anleitung zum persönlichen Handeln. Ein Report des Club of Budapest mit einer Einleitung von Michail Gorbatschow, einem Epilog von Paulo Coelho und einer „Einladung zum Mitgestalten“ von Peter Spiegel. Petersberg 2003

Literaturhinweise

1. Franz Alt: Das ökologische Wirtschaftswunder. Arbeit und Wohlstand für alle. Berlin 1997
2. Kofi Annan u.a.: Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen. Frankfurt/M. 2001
3. Maximilian Gege: Die Zukunftsanleihe. Wie Deutschland ein Modell nachhaltigen Wachstums und weltweiten Wohlstands werden kann. Ein Bericht an die Global Marshall Plan Initiative, München 2004
4. Michail Gorbatschow: Mein Manifest für die Erde. Jetzt handeln für globale Gerechtigkeit und eine ökologische Zukunft. Frankfurt/M. 2003
5. Al Gore: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Frankfurt/M. 1992
6. Ervin Laszlo: You Can Change the World. Anleitung zum persönlichen Handeln. Petersberg 2003
7. Josef Riegler / Anton Moser: Ökosoziale Marktwirtschaft. Graz und Stuttgart 1996
8. Franz Josef Radermacher: Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Wien 2002
9. Franz Josef Radermacher: Global Marshall Plan - Ein Planetary Contract für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Bericht an die Global Marshall Plan Initiative, Wien 2004
10. George Soros: Der Globalisierungs-Report. Weltwirtschaft auf dem Prüfstand. München 2002

die initiative

11. Peter Spiegel: Chancen. Projekte zur nachhaltigen Gestaltung der Globalisierung. Stuttgart 1999

Autoren dieses Textes sind:

Uwe Möller, Generalsekretär des Club of Rome

Franz Josef Radermacher, Mitglied des Club of Rome, Stiftung Weltvertrag

Josef Riegler, Vizekanzler a.D., Präsident des Ökosozialen Forum Europa

Surjo Raphael Soekadar, Projektleiter "Global Marshall Plan", Stiftung Weltvertrag

Peter Spiegel, Generalsekretär des Club of Budapest